

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Donnerstag, 27. Mai 1926

Druck und Verlag von Rudolf Wölff in Berlin.

Nr. 246

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Hauptmanns Abgabe an die Akademie.

Ein Brief an den Kultusminister.

„Es bedarf keines Dichterkollegiums.“

Am 30. Mai, nach seiner Rückkehr aus dem Süden, hat Gerhart Hauptmann an den preussischen Kultusminister Dr. Wedek folgende Brief geschrieben:

Hagen, den 20. Mai 1926.
Hochverehrter Herr Minister!

Seien von langer Reise nach Hause zurückgekehrt, finde ich die Aufsicht des hohen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, durch die ich eingeladen werde, der neugegründeten Sektion für Dichtkunst innerhalb der preussischen Akademie der Künste beizutreten. Bei solcher und dankbarer Würdigung der mir zugehenden großen Auszeichnung wird es mir doppelt schwer, zu tun, was doch geschehen muß, nämlich zu bitten, um meiner Ernennung zum Mitglied dieser Sektion abzusehen. So sehr ich eine Akademie der Wissenschaften, eine Akademie der bildenden Künste und der Musik als eine staatliche Notwendigkeit ansehe, da es sich hier um ein Geistesgebiet handelt, die durch gemeinsame Arbeit gefördert werden müssen, und unter denen staatliche Zehnität in großer Zahl liegt, so wenig vermag ich mich von der tatsächlichen Notwendigkeit einer akademischen Sektion für Dichtkunst zu überzeugen, und zwar um so weniger vermag ich das, je mehr ich darüber nachdenke. Es bedarf keines Dichter-Kollegiums, um staatliche Unterstufungen zu erwirken und zu verteilen, sondern nur einiger gebildeter und wohlwollender Männer von Takt und Gehmaß.

Was aber die weiteren und höheren Aufgaben der Dichtkunst anbelangt und ihre verantwortliche Förderung, so bin ich lieber, wenn ich an die neu zu gründende Sektion denke, fleißig tätig. Ein bewußte Führung auf dem Gebiete der Dichtkunst gibt es nicht. Staatlich beamtete, führende Dichter bilden ein Novum, das mit Recht in den Kreisen der freien Wortkünstler beifalllos werden wird. Was mich betrifft, so kann ich mir weder eine unbewußte, noch eine bewußte Führerschaft dieser Art ausprechen. Wenn ich, wie andere Schriftsteller und Dichter, auf Menschen im Sinne der Menschlichkeit gewirkt habe, ist es mir genug. Sie sehen mich also, Herr Minister, auf seinen deren, die schon vor meiner Zeit gegen die Bildung einer Dichtakademie gewendet sind. Ich bin gewiß, Sie werden nichts anderes von mir erwarten, als daß ich dies freiwillig eingestehle. Es liegt mir dabei ganz fern,

an der entgegengesetzten Meinung oder gar an dem edlen Beschluß des hohen Ministeriums irgendwie Kritik zu üben. Nur für mich und ganz allein nur für mich soll meine Lebenszeugung maßgebend sein.

Mit dem Ausdruck tiefsten Respektes
(263) Gerhart Hauptmann.

III. Dieser Brief, aus dessen Worten lebhaft und Würde spricht, wird nicht nur im preussischen Kultusministerium großes Aufsehen hervorgerufen, und der Kultusminister Dr. Wedek, der gegenmütig zu Berlin in Budapest weit, wird die Abgabe mit Betrübnis lesen, und ebenso werden die übrigen Mitglieder der Akademie die Nachricht nicht ohne Trauer vernehmen. Der erste und wesentlichste Republikant der Akademie, der größte Dichter des Landes, hat ein Mißtrauensvotum gegen die neue Institution abgegeben und die Folgen dieses überraschenden Schrittes sind nicht abzusehen.

Wir haben hier die Einrichtung der Akademie begrüßt, weil wir in ihr nicht nur die Klugen und edlen Motive des Kultusministers sahen, sondern weil wir es auch an der Zeit fanden, daß das Schrifttum in Deutschland, von der alten Regierung vernachlässigt, verlegt und übersehen und höchstens in sehr unzulänglichen Vertretern prunkvoll gefeiert, daß dieses Schrifttum endlich unter der Republik in der Ehre seiner wahren Vertreter Ansehen erhalte. Wir haben deshalb unsere Bedenken zurückgehalten. Es mußte abgewartet werden, welche Initiative der zuerst ernannten Mitglieder einschlagen würde. Nun ist die erste Strecke dieses Weges, ehe er recht betreten wurde, von dem wichtigsten und angesehensten Manne verlassen worden.

Die Gründe, die Gerhart Hauptmann aufzählt, sind durchaus bemerkenswerte und verständlich, und es wird sich ihnen niemand entziehen können. Die deutsche Akademie wird niemals das werden können, was die ähnliche französische Akademie ihren Mitgliedern bedeutet, sie wird ein Entzogenes bleiben und höchstens durch das vorübergehende Ansehen ihrer Mitglieder eine Institution werden, die in der Praxis ihre höchsten Aufgaben im Rahmen der deutschen Situation erfüllen kann.

Es ist im Augenblick nicht abzusehen, welche Folgen der Brief Hauptmanns haben wird. Man kann nicht voraussetzen, wie die übrigen Mitglieder der Akademie sich verhalten werden, und der Schritt, den jenesfalls der Kultusminister unternehmen wird, um Hauptmann zu bitten, die Akademie durch seine Abgabe nicht zu gefährden, wird kaum einen Erfolg zeitigen.

Wahlfieber in Washington.

Der Sieg der „Nassen“ in Pennsylvania. — Die Regierung in Abwehrstellung. — Der Aufsturz zu den Wahlen im Herbst.

Telegramm unseres Korrespondenten
Dr. Max Jordan.

Washington, 27. Mai.

In den Hallen des Kapitols steht das Barometer auf Sturm. Schon lange nicht mehr sind die Gemüter durch eine so starke politische Erregung erhitzt worden, wie jetzt nach der Niederlage des Regierungskandidaten bei den Primärwahlen im Staate Pennsylvania. Die Agitatoren in allen Parteilagern erfreuen sich einer seltenen Hochkonjunktur. Man muß sich schon ziemlich tief hineinfinden in die amerikanische Innenpolitik, um zu verstehen, wie eine solche Gasse entstehen konnte. Der November, der jetzt im Senat erhoben wird, daß an die drei bis fünf Millionen Dollars für die pennsylvanische Wahlkampagne allein aufgewandt worden seien, und die Anlagen, die Republikaner und Demokraten einander ins Gesicht schleudern, in trampfahrender Bemühung, den jeweiligen Gegnern die Verantwortung für alle Korruption und Schieberei in die Schuhe zu schieben — als dies darf als kennzeichnend gelten für die Vorposten-geschehe, die jetzt mit den Primärwahlen im ganzen Lande eingeleitet haben, als Auftakt zu den Wahlen selbst im Herbst. Die 69. Session des Kongresses geht ihren Ende zu, und im November soll es sich entscheiden, wie viele von den 435 Mitgliedern des Repräsentantenhauses und wie viele von den 99 Senatoren, deren Mandate jetzt ablaufen, im Winter wiedergewählt werden sollen.

Die Primärwahlen dienen der Auswahl der Kandidaten und bringen darum in vielen Staaten, wo die eine oder die andere Partei die Zügel fest in Händen hält, schon entscheidende Weisungen. Daher die ungeheure Spannung, mit der hier der Verlauf allerhanden verfolgt wird. Für die regierende Republikanische Partei sind die Primärwahlen vor allem darum wichtig, weil sie einen Gradmesser für die Stimmung der Wähler im allgemeinen abgeben. Prohibition, Landwirtschaft, Schutz der Arbeiter, Zoll, Weltverkehr — das sind zu einige der großen Fragen, um die heute die entscheidenden Kämpfe auf dem Felde der amerikanischen Innenpolitik ausgefochten werden. Je nach der Stellung der einzelnen Kandidaten zu diesen Problemen sind die Primärwahlergebnisse einschlagend. Die erste Stichprobe wurde vor ein paar Wochen im Staate Illinois gemacht, als der weltgerichtsfreundliche Senator Mackinley gegen den Befürworter einer „nationalen“ (Nies: Fokierungs-) Politik, Smith, unterlag. Die Niederlage Mackinleys bedeutete zugleich eine Niederlage für die Regierung und den Präsidenten Coolidge, der sich mit Entschiedenheit für Amerika's Ausstieg aus dem Weltgericht eingesetzt hatte. Bei den kurz darauf folgenden Primärwahlen im Staate Indiana markierten die Kandidaten nicht mit so einseitig gebundenen Marschritten auf wie in Illinois. Um so deutlicher waren aber die Programme am vergangenen Dienstag in Pennsylvania abgegrenzt, als drei republikanische Senatskandidaten die Arena betraten. Der bisherige Senator George Pepper erstreute sich der offenen Unterstützung des mächtigen Schatzministers Mellon und indirekt selbst derjenigen des Präsidenten Coolidge. Pepper hatte zugunsten des amerikanischen Weltgerichts gestimmt und kandidierte mit einer „Academik“ Wallstrom als Prohibitionist. Der Gouverneur des Staates, Gifford H. Pinchot, glaubte ebenfalls mit der „Trodenheit“ am weitesten zu kommen. Aber neben stand der Abgeordnete des Repräsentantenhauses William Barr gegenüber, der sich offen für die Abschaffung des Alkoholverbotes einsetzte und auch mehr oder minder verbindlich die weltgerichtsfreundliche Politik der „Unversöhnlichen“ mitmachte.

Bar hat nun gestiftet, leberwärtig gestiftet. Und es war ein Sieg der Nassen über die Trodenen. Dies wohl in erster Linie. In zweiter Linie aber wohl auch ein Sieg der Unversöhnlichen über die Weltgerichtsfreundlichen und darum wiederum eine Niederlage der auf Prohibition und Weltgericht festgelegten Regierung und des Präsidenten Coolidge. Die Nassen triumphierten, die Demokraten jubilierten, und auf dem Kapitoll ist die Hölle los-gelassen: Was werden die Folgen sein für den eigentlichen Entscheidungskampf der Präsidentschaftswahl im Herbst des übernächsten Jahres? Ist Coolidge's Stern im Sinken? Engländer den republikanischen Parteiführer jetzt schon die Zügel? Im Hauptquartier der regierenden Partei wird eifriges Stillschweigen beobachtet, und im Weissen Hause sind keinerlei Anzeichen von Nervosität zu bemerken.

Es ist noch weit hin bis zum Herbst 1928. Immerhin, die „nasse Welle“ gewinnt unüberhörbar an Kraft, und der Mißerfolg der Genfer Konferenz, die mit Deutschlands Aufnahme im Völkerbund hätte enden sollen, hat zweifellos den Fokierungspropheten in unerhofft starkem Maße frisches Wasser auf die Mühlen getrieben. Die Regierung sieht sich unter diesen Umständen zeitweilig in die Defensive gedrängt. Aber es ist anzunehmen, daß sie, früher als ihre Gegner jetzt anzu-nehmen geneigt sind, zu einer neuen Attacke schreiten wird. Auch die „Trodenen“ werden die Hände nicht in den Schoß legen. Schließlich ist es ja keine Reue, daß Pennsylvania ein nasser Staat ist, wenn das bisher auch noch nie mit solcher Offenherzigkeit zum Ausdruck kam. Und der Osten gibt noch lange nicht den Ton für den mittleren oder gar den fernsten Westen und Süden

Die internationale Arbeitskonferenz.

(Telegramm unseres Korrespondenten).

Genf, 27. Mai.

Auf der Tagesordnung der 8. internationalen Arbeitskonferenz steht als einziger Punkt neben dem üblichen Bericht des Direktors des internationalen Arbeitsamtes die Frage der Vereinbarungen der Ruffität über die Auswanderer an Bord der Schiffe. Der Verwaltungsrat der internationalen Arbeitsorganisation hatte beschlossen, in diesem Jahre zwei unmittelbare aneinanderfolgende Arbeitskonferenzen abzuhalten, von denen die eine ausschließlich der Frage der Sozialpolitik in der Handelsschifffahrt gewidmet sein sollte. Am nun die Anwesenheit der Vertreter der Schifffahrt auf dieser Tagung auszusagen, befohlen der Verwaltungsrat, die Auswandererfrage zum Gegenstand der ersten dieser beiden Konferenzen zu machen. Er war dabei von der Auffassung ausgegangen, daß diese Frage mit den von der Arbeitskommission ständig behandelten Problemen des Wandererwesens zusammenhänge. Als die Tagesordnung bekannt wurde, erhoben die Vertreter der Schifffahrt Erklärungen dagegen, indem sie darauf hinwiesen, daß von dieser Frage die technischen Probleme der Beförderung der Auswanderer nicht zu trennen seien, die wiederum mit den Fragen der Beförderung der Reisenden im allgemeinen zusammenhängen. Zur Behandlung dieser Frage sei die Arbeitskonferenz nicht zuständig. Vom Arbeitsamt wird geltend gemacht, daß nicht beabsichtigt sei, die technischen Fragen der Unterfahrt und so weiter, der Auswanderer zu behandeln, sondern lediglich die Fragen der Ruffität während der Reise und der Vereinbarungen der bestehenden Ruffitätsstellen. Der Verwaltungsrat der Schifffahrt hat sich zu einer Resolution verpflichtet, die von einer Reihe von Arbeitskommissionen unterzeichnet wurde. Von einer Reihe von Arbeitskommissionen unterzeichnet wurde. In der Resolution wird erklärt, daß die internationale Arbeitsorganisation zur Behandlung der Fragen des Transporthandels der Auswanderer nicht zuständig sei, und daß die Konferenz der Auswanderer an Bord der Schiffe zu behandeln. Der englische Arbeitskommissioner Snowden begründete die Resolution, indem er darauf hinwies, die Unternehmern seien der Auffassung, daß die Arbeitsorganisation sich lediglich mit den Fragen der Arbeitsbedingungen nicht befassen habe und zur Behandlung dieser Auswandererfragen nicht zuständig sei.

Am Verlauf der Debatte trat der deutsche Regierungsvertreter, Ministerialrat Gering, für Ablehnung der Resolution und für die Behandlung dieser Frage auf der Konferenz ein. Er machte jedoch den Vorbehalt, daß aus dieser Entscheidung nicht der Schluß gezogen würde, als bejahe die deutsche Regierung damit allgemein die Zuständigkeit der internationalen

Arbeitskonferenz für alle Fragen des Wandererwesens, auch wenn diese Fragen keine besonderen Beziehungen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer hätten. Im Verwaltungsrat des Arbeitsamtes hatte der deutsche Vertreter feierlich dagegen ge-stimmt, daß die Frage auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werde. Die Resolution wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Grenzverkehr im Saargebiet.

(Telegramm unseres Korrespondenten).

Paris, 27. Mai.

Im Laufe dieser Woche haben in Saarbrücken Verhandlungen zwischen den Vertretern der Regierungskommission des Saargebietes, der deutschen und der französischen Regierung über die Regelung der Rechtslage an den Grenzen des Saargebietes, besonders über den freien Grenzverkehr, stattgefunden. Eine Einigung ist über verschiedene Punkte erzielt worden. Jedoch konnten noch nicht alle Fragen geklärt werden. Die Verhandlungen sollen in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden.

Der französisch-südflawische Vertrag.

(Telegramm unseres Korrespondenten).

Paris, 27. Mai.

Brind hatte gestern eine Unterhaltung mit dem südafrikanischen Minister des Auswärtigen Pinckfield, der aus Genf nach Paris gekommen war. Es handelte sich um den Freundschaftsvertrag zwischen Frankreich und Südafrika, von dem die Regierung der Märztagung des Völkerbundes gesprochen worden ist. Die französischen Zeitungen glauben, daß der französisch-südflawische Vertrag durch ein ähnliches Abkommen zwischen Südafrika und Italien ergänzt werden wird.

Die Sprachdebatte im römischen Senat.

(Telegramm unseres Korrespondenten).

Rom, 27. Mai.

Bei der Aussprache über den Interdiktum im Senat erhob sich eine Stimme zugunsten des deutschen Interdiktums. Senator Raina regte an, daß in den neuen Verträgen für die deutsche und slowenische Sprache dieselben Vergünstigungen eingeführt werden, wie sie für die französische in den Vereinbarungen von Vol d'Artois Pinerolo und Sula bestehen. Allerdings solle die Regierung Maßregeln ergreifen, die in gewissen Fällen Subsidien an-fälligen Cabinet zu guten Vätern gemacht werden, wie es ihre Verfassungen waren.